



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

20.01.2022  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Verbesserung des ÖPNV-Angebots**

Einzelplan **07** **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 15 Allgemeine Bewilligungen Verker  
Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer 69  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderung des ÖPNV-Angebots

**Veränderung**  
**von um auf**

**Leistungsplan:**

**Beträge in 1.000 EUR**

<b>Gesamtkosten</b>	674.206,1	+ 310.000,0	984.206,1
<b>Produktabgeltung</b>	12.732,0	+ 310.000,0	322.732,0

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Die vorübergehenden Fahrgastrückgänge durch die Pandemiesituation dürfen nicht von den längerfristigen Herausforderungen des Klimaschutzes und der Verkehrswende ablenken. Der Öffentliche Personennahverkehr soll gemeinsam mit dem Fuß- und Radverkehr das Rückgrat der Mobilität bilden.

Der hessische ÖPNV steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, um flächendeckend ein angemessenes und attraktives Mobilitätsangebot vorhalten und die Tarifsteigerungen im Personalbereich abdecken zu können. Um die in den kommenden Jahren zu erwartende Finanzierungslücke im hessischen ÖPNV zu schließen, stellt das Land fortan jährliche Mittel im konsumtiven und im Infrastrukturbereich zu Verfügung. 100 Millionen Euro aus diesen Mitteln sollen für die Schrittweise Einführung und regionale Pilotprojekte eines umlagefinanzierten, „fahrscheinlosen“ Nahverkehrs finanziert werden – sowie die Förderung von landesweiten Fahrpreissenkungen, beispielsweise im Rahmen von Sozialpass-Projekten. 10 Millionen Euro sollen der Förderung von digitalen Plattformen für die Verkehrswende dienen.

Das Schülerticket Hessen folgt einer guten Grundidee, krankt aber an Ungerechtigkeiten, die durch teilweise Preiserhöhungen gegenüber den vorherigen Angeboten zur Schülerbeförderung entstehen sowie der Ungleichbehandlung durch die bisherigen Regelungen zur Fahrtkostenerstattung nach dem Schulgesetz. Das Schülerticket soll allen Schülerinnen und Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das dient dem Abbau von sozialen Ungerechtigkeiten beim Schulweg, der Mobilität der Schülerinnen und Schüler und ist ein weiterer Schritt weg von der Fahrgelderhebung, hin zu einem "Nulltarif" für alle Bevölkerungsgruppen. Hierfür werden pro Schuljahr weitere 150 Millionen Euro veranschlagt und mit Beginn des Schuljahres 2022/2023 in den Landeshaushalt eingestellt.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**